

Hoffen auf schnelle Beschlüsse

Windkraft: Landrat schreibt an Kraft / CDU formuliert zwei Anliegen

■ Kreis Paderborn (NW). Laut dem neuen Berliner Koalitionsvertrag beabsichtigt die Bundesregierung, eine so genannte Länderöffnungsklausel im Baugesetzbuch einzuführen. Diese würde es ermöglichen, länderspezifische Regeln über Mindestabstände von Windkraftanlagen zur Wohnbebauung festzulegen. Solche Möglichkeiten gab es bisher nicht.

Landrat Manfred Müller bitet die Ministerpräsidentin des Landes NRW, Hannelore Kraft, in einem Schreiben darum, „umgehend davon Gebrauch zu machen, sobald die neue gesetzliche Regelung steht“, wie der Kreis in einer Pressemitteilung erläutert. Möglicherweise könne das Land NRW hier auch initiativ werden.

Als Mindestabstand könne sich Müller das Siebenfache der Gesamthöhe einer Windkraftanlage vorstellen. Da die neueste Generation von Windkraftanlagen eine Gesamthöhe von etwa 200 m habe, müsste rein rechnerisch somit ein Mindestabstand von 1.400 m bis 1.500 m festgeschrieben werden. Bislang seien im Kreis Paderborn Abstände von 450 bis zu höchstens 1.000 Metern möglich gewesen.

»Ich unterstütze die Energiewende nachdrücklich«

Der Landrat betont in seinem Schreiben gleichzeitig, dass der Kreis Paderborn in der Vergangenheit eine Vorreiterrolle bei der Windenergie eingenommen habe. „Ich unterstütze die Energiewende nachdrücklich“ so Müller. „Aber wir müssen angesichts des bereits vorhandenen Bestandes einen Ausgleich zwischen den Zielen der Energiewende und der Wohnqualität für die Menschen herbeiführen.“ Es gehe auch um den gesellschaftlichen Konsens und um die Akzeptanz für die regenerativen Energien insgesamt. Die Zustimmung dazu könne schwinden, wenn nicht für jetzt noch hinzu kommende Anlagen Mindestabstände gelten würden. Ganz bewusst habe man seinerzeit im Klimaschutzkonzept des Kreises ambitionierte Ziele verankert. So soll bis spätestens 2020 eine vollständige Strom-



Mächtige Windmühlen: In der aktuellen Diskussion geht es vor allem auch um den richtigen Abstand zur Wohnbebauung. FOTO: MK

versorgung des Kreisgebiets aus eigenen, regenerativen Energiequellen gelingen. Bis spätestens 2050 könnte die komplette Strom- und Wärmeversorgung vor Ort erfolgen. Bereits jetzt

beziehe der Kreis Paderborn zu über 40 Prozent seinen Strom aus erneuerbaren Energien.

Müller begrüßt auch ausdrücklich die im Koalitionsvertrag festgelegte Absicht, die

Fördersatzes insbesondere bei windstarken Standorten zu senken, zumal das auch der ehemalige Präsident des Bundesverbandes Erneuerbare Energie, Johannes Lackmann, selbst vorgeschlagen habe. Ganz offensichtlich rechneten sich die Windkraftanlagen auch mit deutlich weniger Einspeisevergütung. Der Strompreis werde derzeit unnötig stark belastet.

Auch die CDU-Fraktion im Rat der Stadt Paderborn hoffe mit Blick auf den Koalitionsvertrag auf schnelle Beschlussfassungen, wie sie gestern in einer Pressemitteilung betonte. „Auch für die Stadt Paderborn wäre es ein großer Vorteil, wenn solche Regelungen schnell greifen können“, sagt der Paderborner CDU-Vorsitzende Markus Mertens. Die Beratungen der vergangenen Wochen und Monate hätten deutlich gemacht, dass es den Menschen nicht so sehr um das „Ob“ von Windkraft, sondern um das „Wie“ und damit auch um die Entfernungen zur Wohnbebauung gehe.

»Für uns war es eine schmerzliche Niederlage«

Die jetzigen gesetzlichen Regelungen und vor allem die gerichtlichen Entscheidungen hätten der Politik vor dem Hintergrund drohender horrender Schadensersatzansprüche keine Spielräume gelassen. „Ich bleibe dabei: Für uns als CDU war es eine schmerzliche Niederlage, unsere auch im Wissen um deren rechtliches Risiko getroffenen politischen Beschlüsse in Dahl gerade aus juristischen Gründen revidieren zu müssen.“

Der Unionspolitiker hat zwei konkrete örtliche Anliegen: Die Verwaltung solle Verfahren so lange hinausschieben, wie es rechtlich vertretbar ist. Auch wenn sicherlich schwierig, solle auch die Aussetzung von Verfahren zumindest geprüft werden.

Örtlich konkret ist aber die Forderung der CDU-Fraktion an die Paderborner Vertreter von SPD und Grünen, die schon jetzt mit ihren Kontakten bei der Landesregierung vorstellig werden sollten, damit von dort eine Unterstützung der genannten Pläne möglichst schnell organisiert werden kann.